

Protokoll:	Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	636
		TOP:	14
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	20.12.2016		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	der Vorsitzende, Herr Dr. Görres (AfU)		
Protokollführung:	Frau Westhaus-Gloël / de		
Betreff:	Energiekonzept - Antrag Nr. 121/2016 der SPD-Gemeinderatsfraktion vom 19.04.2016 - mündlicher Bericht -		

Vorgang: Ausschuss für Umwelt und Technik vom 22.11.2016, öffentlich, Nr. 548b

Ergebnis: Zurückstellung

Ausschuss für Umwelt und Technik vom 06.12.2016, öffentlich, Nr. 579

Ergebnis: Vertagung

Der im Betreff genannte Antrag ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papier- form angehängt.

Zunächst erhält StR Pfeifer (SPD) als Antragsteller das Wort. Er führt aus, dem gesamt- en Gemeinderat liege die Umsetzung des im Februar 2016 beschlossenen Energie- konzepts sehr am Herzen. Nicht näher eingehen wolle er auf die Tatsache, dass es fast

neun Monate gedauert habe, bis der Antrag nun mit einem mündlichen Bericht beantwortet werde. Im Oktober 2016 sei von seiner Fraktion allerdings angefragt worden, wie der Stand beim Lenkungskreis und beim Fachbeirat sei. Bis heute habe es keine Rückmeldung gegeben. Dies mache deutlich, was auch Auslöser für den Antrag gewesen sei: Nachdem eine entsprechende Erwartungshaltung in Bezug auf das Energiekonzept auch in Teilen der Bevölkerung geweckt worden sei, höre man nun wenig vonseiten des Amts für Umweltschutz oder der Stadtwerke Stuttgart (SWS). Es sei an der Zeit, Antworten zu bekommen, wie es zum Beispiel mit Themen wie "Energieleitplanung" oder "Energiekonzepte für einzelne Stadtquartiere" weitergehen solle, und welcher Zeitplan für die konkrete Umsetzung des urbanen Energiekonzepts vorgesehen sei.

Herr Dr. Görres berichtet im Sinne einer sehr ausführlichen Präsentation und geht dabei auf die insgesamt 13 Fragen des Antrags ein, die sich auf den Fortschritt bei der konkreten Umsetzung des urbanen Energiekonzepts beziehen.

Im Anschluss an den Bericht konstatiert StR Pfeifer (SPD), es gebe offensichtlich einen Lenkungskreis, der im Geheimen tage, was ihn sehr wundere. Nichts gesagt worden sei zu der Kommunikationskampagne, für die im Sommer 2016 vom Gemeinderat 600.000 € zur Verfügung gestellt worden seien. Wenn man, wie berichtet, nun in Degerloch, Sillenbuch und Botnang in Sachen Quartierskonzept unterwegs sei, gehe es bisher aber offensichtlich nur um ein kleines Viertel in einem Stadtbezirk, nicht etwa um ein Quartierskonzept für zum Beispiel Gesamt-Botnang. Dass man sich beim Externen Contracting überlegen solle, städtische Gebäude für die Aufstellung zusätzlicher Wärmeerzeuger der Stadtwerke zu nutzen, sei für ihn ebenso eine Grundvoraussetzung wie die Erstellung des Energiekatasters. Im Bericht seien sehr viele Punkte angesprochen worden, "die alle richtig sind, alle gut sind". Er wolle aber die Bitte äußern, zukünftig "ein bisschen proaktiver, ein bisschen engagierter, ein bisschen kommunikativer mit dem Thema umzugehen", damit dass, was die Verwaltung im Bereich der urbanen Energiewende tue, mehr in der Breite und in die Öffentlichkeit hinein wirke, damit sich an vielen Stellen und in vielen Bereichen etwas Positives entwickeln könne.

StR Kotz (CDU) dankt für den umfassenden Bericht, der zeige, dass ein Energiekonzept zwar relativ schnell durch den Gemeinderat beschlossen werden könne, es aber in der konkreten Umsetzung dann ein "Haufen Geschäft" sei, mit vielen handelnden Akteuren und mit vielen unterschiedlichen Interessen, sodass sich nicht immer die Dynamik entfalten könne, die man sich politisch wünsche. Viele Rahmenbedingungen seien nicht unbedingt förderlich, um Hausbesitzer dazu zu bewegen, in die Energieeinsparung zu investieren. Wenn man zum Beispiel in den Medien lese, dass auf dem ehemaligen Olga-Areal, das bisher an die Fernwärme angeschlossen gewesen sei, zukünftig ein anderes Konzept als Fernwärme verfolgt werde, so stelle sich dem Nicht-Fachmann und Hausbesitzer die Frage, warum er selbst dann Fernwärme in sein Haus holen solle. Auch die Diskussion bei den Stadtwerken, ob weiterhin in Blockheizkraftwerke investiert werden solle, weil dort ja Gas verbrannt werde, beschleunige die Entscheidungsprozesse bei den privaten Haushalten nicht.

Diese Beispiele zeigten, dass es nicht leicht sei, die Dinge voranzutreiben, fährt StR Kotz fort. Nichtsdestotrotz glaube er aber, ähnlich wie StR Pfeifer, dass die Abstimmung zwischen Amt für Umweltschutz, SWS und Energieberatungszentrum (EBZ) verbessert werden könne. Einige der im Antrag gestellten Fragen habe er eher als an die Stadtwerke gerichtet verstanden, die am heutigen Tag aber nicht vertreten seien,

um zu erfahren, wie sich der Rat äußere. Er hoffe, dass die Stadt bei der Umsetzung des Energiekonzepts zumindest in kleinen Schritten weiter vorankomme.

StR Peterhoff (90/GRÜNE) zeigt sich erfreut, dass es in einzelnen Projekten schon vorangeht. Wichtig sei nun, bei den größeren Quartierskonzepten eine Verbindlichkeit zu erreichen, damit dort der Anschluss an die Wärmeversorgung nachher auch umgesetzt werde. Beim NeckarPark sei man mit der Regelung auf dem Weg. Positiv zu vermerken seien auch die Entwicklungen am Wiener Platz hinsichtlich der Photovoltaik-Anlagen (PV-Anlagen) auf den Dachflächen. Seine Fraktion halte es für sinnvoll, dass zukünftig ein regelmäßiger Statusbericht über den Fortgang bei konkreten Maßnahmen gegeben wird, mit der Benennung von Kennzahlen, um verdeutlichen zu können, wie man in der Fläche vorankomme. Erfreulich seien auch die Projekte mit größeren Firmen, die vorbildlich für einige Quartierskonzepte sind. Hier biete sich die Chance, dass die Wärme, die produziert werde, in den umliegenden Wohnungen genutzt werden könne.

StR Peterhoff erinnert an die Anregung seiner Fraktion, für private Investoren einen Anreiz zu schaffen, ihre Dachflächen mehr für PV-Anlagen zu nutzen, und nicht genutzte städtische Flächen entsprechend zu vergeben. Was die Wärmeversorgung angehe, werde der Fokus richtigerweise auf den Austausch von Stromheizungen und alten Ölöfen gelegt. Auch unter dem Aspekt der Luftreinhaltung sei es sinnvoll, gezielt die Eigentümer anzusprechen, um den Austausch voranzutreiben.

StR Ozasek (SÖS-LINKE-PluS) gibt zu bedenken, dass die energiewirtschaftlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen in Baden-Württemberg nicht so sind, dass man mit der Umsetzung des Energiekonzepts zügig vorankommen könne. Beispielsweise binde das Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg zwar formal auch die Kommunen, diese Ziele zu erreichen, aber es fehle das notwendige Handwerkszeug für die Umsetzung. Nahwärmenetze zu etablieren sei sehr mühsam, weil Anschluss- und Benutzungszwänge in Bestandsgebieten nicht möglich seien. Die operative Umsetzung der Energiewende solle konkret bei den Stadtwerken liegen. Im 1. Quartal 2017 würden dazu die Geschäftsfelder nochmals optimiert. Dabei werde sich auch ganz konkret die Frage stellen, welche Rolle das Abgas als fossiler Energieträger noch haben könne.

Von großer Bedeutung seien die Energieleitplanung und das Energiekataster, mit dem man die energetischen Kennwerte in einer stadtweiten Karte darstellen könne. Hier müsse die Frage beantwortet werden, wer den Zugriff auf das Energiekataster erhalten solle. Die Maßnahmen, die im Zuge des Energiekonzepts noch nicht direkt in die Umsetzung gingen, aber im "Themenspeicher" enthalten seien, müssten weiter bearbeitet werden. Die schon angesprochene Kommunikationskampagne solle dazu dienen, die Bevölkerung zu sensibilisieren und die Bereitschaft für Investitionen zu wecken. Unklar sei noch, wann die Kampagne anlaufe, und wie der Gemeinderat eingebunden werde. Auch wie Mitglieder in den Fachbeirat berufen werden sollten, sei noch nicht bekannt.

Abschließend weist StR Ozasek darauf hin, dass der Prozess, städtische Liegenschaften für Quartierskonzepte zur Energieversorgung zu aktivieren und zu nutzen, noch nicht "rund läuft". Die Option für großflächige PV-Anlagen beim Klinikum Stuttgart oder die Nutzung von Liegenschaften bei den Bäderbetrieben für die Nahwärmenetze seien wohl noch nicht in Erwägung gezogen worden.

StR Zeeb (FW) regt an, dass über das EBZ Rechenbeispiele erstellt werden, die zeigen, dass sich Investitionen in die Energiewende für Hausbesitzer bezahlt machen.

StR Klingler (AfD) erkundigt sich nach der Amortisation bei den Maßnahmen, die zu einer Energieeinsparung von 38 % bei Bosch im Werk in Feuerbach geführt haben. Die Bürger müssten überzeugt werden, dass Umweltschutz und Energieeinsparung nicht nur sinnvoll seien, sondern sich auch lohnen können.

Die Wirtschaftlichkeit von Maßnahmen, wie der Anschluss an Nah- und Fernwärme, spiele sicherlich immer eine wichtige Rolle, stellt StR Conz (FDP) fest. Als Hausbesitzer müsse man abwägen, ob man sich an einen Anbieter binden wolle. Bei Blockheizkraftwerken (BHKW) sei es sinnvoll, dass vom Kunden sowohl Wärme als auch Strom abgenommen werde. Offensichtlich werde die Stromabnahme nicht von allen einhellig begrüßt, weil man sich die große Auswahl von Stromanbietern erhalten wolle. Der Stadtrat wundert sich, dass bei der Berichterstattung zur effizienten Energienutzung im Schoch-Areal Pelletheizungen erwähnt worden sind, die in Bezug auf die Feinstaubbelastung nicht optimal seien. Er befürchtet, dass die dort angestrebte Unterschreitung der EnEV 2014 (Energieeinsparverordnung) zu höheren Baukosten und damit zu teurem Wohnen führen wird.

StR Dr. Schertlen (STd) spricht Wasserstoff als Energieträger an und möchte wissen, ob das Thema im Rahmen des Energiekonzepts in Erwägung gezogen wird. Er fragt nach, ob bekannt ist, wie viel Prozent der neuen oder sanierten Gebäude mit begrünten Fassaden oder Dachbegrünungen ausgestattet sind. Weiter erkundigt er sich, ob Zeitungsberichte aus dem Ausland über Radwege, die mit Solarpaneels als Bodenbelag arbeiten, zutreffend sind und ob sich daraus eine Option für Stuttgart ergeben kann.

Zunächst geht BM Pätzold auf einige der gestellten Fragen und Anregungen ein. Er berichtet, der Lenkungskreis Energie sei aus dem Energiekonzept heraus entstanden und als interner Verwaltungslenkungskreis eingesetzt worden, um die beteiligten Referate, aber auch die SWS, einzubinden. Er habe am 08.12.2016 getagt. Dabei sei es insbesondere um das Thema gegangen, wie man das Ziel, mehr PV-Anlagen auf städtischen Gebäuden zu errichten, besser koordinieren könne.

Um die Hausbesitzer zu erreichen, die an einer energetischen Haussanierung interessiert seien, würden in den Bezirken Veranstaltungen zusammen mit dem EBZ gemacht. Es werde nicht nur für die Maßnahmen geworben, sondern auch deutlich gemacht, dass das EBZ eine umfassende Beratung biete, sowohl was die Maßnahmen angehe als auch in Fragen der Finanzierung mit verschiedenen Förderprogrammen. Die Erfahrung zeige, dass das Interesse groß sei, wenn man vor Ort gehe.

Bei der "Energiekampagne" habe es wegen einer EU-weiten Ausschreibung, und um eine gewisse Rechtssicherheit zu erhalten, einen Mehraufwand gegeben. Inzwischen sei man aber auf einem guten Weg.

Derzeit werde auch der Energieerlass überarbeitet, der in Zukunft Energierichtlinie heißen werde und der das darstelle, was unter "EnEV minus 20 %" bekannt sei. Mit dem Hochbauamt und auch der Stuttgarter Wohnungs- und Städtebaugesellschaft diskutiere man, welche finanziellen Auswirkungen das habe. Untersuchungen zeigten, dass eine Verbesserung der Energieeinsparung gerade einmal 6 % an Mehrkosten beim Gewerk Heizung ausmacht, während bei der Nachhaltigkeit und bei den laufenden Kosten deutlich höhere Einsparungen erzielt werden können. Mit der Energierichtlinie werde man auch noch auf den Gemeinderat zukommen.

In der Tat sei man dabei, die Kommunikation untereinander zu verbessern, fährt BM Pätzold fort. Neben der Arbeit im Lenkungskreis Energie sei man mit den anderen Referaten und allen Beteiligten in der Abstimmung, um die Vielfalt an Aufgaben so zu verknüpfen, dass es mit der Umsetzung vorangehe. Man gehe auch kleinere Maßnahmen an, wie die Zeitschaltuhren am städtischen Adventskalender, um Schritt für Schritt auch mit der Vorbildfunktion der Stadt zu zeigen, was machbar sei.

Beim Gespräch mit Unternehmen wie z. B. Bosch sei deutlich geworden, in welchem Umfang Energieeinsparmaßnahmen auch Kosten sparen. Hier biete sich die Möglichkeit, mit einer Diskussionsplattform einen Austausch stattfinden zu lassen über die Wirkung von Maßnahmen. Kleinmaßnahmen hörten sich zwar nicht spektakulär an, aber seien notwendig, um beim Thema Energiewende voranzukommen.

Herr Dr. Görres geht auf weitere Fragen ein. Zur Kommunikationskampagne ergänzt er, das EU-weite Verfahren sehe zwei Phasen vor. Zunächst werde europaweit nach Unternehmen gesucht, die Interesse hätten, die Kampagne umzusetzen. Aus diesen Unternehmen werde eine Vorauswahl von Agenturen getroffen, die die Möglichkeit einer Kurzpräsentation erhielten. Für die Auswahlgespräche solle aus jeder Fraktion eine Vertreterin/ein Vertreter benannt werden.

Auf kritische Anmerkungen eingehend betont Herr Dr. Görres, er nehme mit, dass ein Bericht zur Umsetzung des Energiekonzepts zukünftig häufiger als einmal pro Jahr erfolgen solle, damit auch die Gremien auf dem aktuellen Stand seien. Weiter geht er auf konkrete Fragen ein und berichtet, bei der Frage, ob das ehemalige Olga-Areal auch in Zukunft an die Fernwärme angeschlossen werden solle, sei tatsächlich eine individuelle Betrachtung notwendig, stark abhängig davon, ob gleichzeitig Wärme und Strom genutzt würden. Die positiven Beispiele zur Abwasserwärmenutzung, mittlerweile schon 50 an der Zahl, würden derzeit zusammengestellt und sollten dann mithilfe der Agentur einer breiteren Öffentlichkeit bekanntgemacht werden.

Bezüglich des Energiekatasters sei bei der Umfrage in Hoffeld deutlich geworden, dass mit der Datensammlung sehr sensibel umgegangen werden müsse. Aufgrund eines Hinweises des Datenschutzbeauftragten des Landes Baden-Württemberg, die Freiwilligkeit der Umfrage sei nicht deutlich genug dargestellt worden, habe man entsprechend nachgebessert. In welcher Form Teile der Daten an die Öffentlichkeit gehen könnten, werde mit dem Datenschutzbeauftragten abgestimmt. Der angesprochene Maßnahmenpeicher aus dem Energiekonzept habe wegen der begrenzten Personalkapazität noch nicht so, wie gewünscht, weiter bearbeitet werden können. Bei der nächsten Berichterstattung solle ein Überblick zu diesem Thema gegeben werden.

Voraussichtlich Anfang 2017 werde ein Vorschlag zur Zusammensetzung des Fachbeirats an die Energiesprecher der Fraktionen gehen, mit der Bitte, bei Bedarf noch weitere Experten für den Fachbeirat zu benennen. Ansonsten sei angedacht, im Januar und Februar die Arbeitsgruppen einzuberufen. Sobald diese ihre Sprecher festgelegt hätten und bekannt sei, wer aus diesen Arbeitsgruppen in den Fachbeirat komme, könne, vermutlich im April/Mai 2017, die erste Sitzung stattfinden.

Mit den Kliniken und mit den Bäderbetrieben seien Gespräche geführt worden mit der Frage, wo noch eine PV-Anlage gebaut werden könne. Auch mit den SWS sei man dazu im Gespräch. Man müsse sich aber jeweils die Situation vor Ort genau anschauen.

Eine Einbindung könne nicht pauschal erfolgen. Es müsse auch geklärt werden, ob überhaupt Potenzial für ein Nahwärmenetz vorhanden sei. Aus seiner Sicht spreche grundsätzlich nichts dagegen, bei den Kliniken oder den Bäderbetrieben ergänzend Einrichtungen, die dann auch durch die SWS betrieben werden könnten, für ein Nahwärmenetz zu integrieren.

Neben der Beratung durch das EBZ trage auch die verbesserte Situation durch das Energiesparförderprogramm mit dazu bei, dass das Interesse der Hausbesitzer an einer energetischen Gebäudesanierung zunehme. Mittlerweile würden fast 20 % der anfallenden Kosten gefördert. Zur Amortisation der Energiesparmaßnahmen der Firma Bosch könne er nichts sagen, er gehe aber davon aus, dass es sich um hochwirtschaftliche Maßnahmen handle.

Moderne Pelletheizungen seien vollautomatisiert, mit entsprechender Technologie bei der Verbrennung und auch beim Staubfilter, und wirkten sich hinsichtlich der Feinstaubproblematik nicht nennenswert aus, erläutert Herr Dr. Görres weiter. Zu Solarpaneels auf der Straße zur Photovoltaikerzeugung könne er keine Ausführungen machen. Bekannt seien ihm nur Solarthermieanlagen, die auf Start- und Landebahnen bei Flughäfen Verwendung finden, um die Enteisung zu vermeiden. Ob Wasserstoff eine wirklich interessante Technologie in Sachen Energiewende sei, werde sich noch zeigen müssen. Es gebe die Möglichkeit Wasserstoff im Umfang 5 bis 7 % in das Gasnetz einzuspeisen, oder auch Wasserstoffbusse mit Brennstoffzelle im Nahverkehr einzusetzen. Kein Problem werde es sein, aus Wasserstoff irgendwann einmal Methan zu machen. Hier schließe sich wieder der Kreis zu den Überlegungen hinsichtlich der SWS und der Frage, ob Gas heutzutage noch Sinn mache. Aus seiner Sicht mache es Sinn, wenn das vorhandene Erdgasnetz mit anderen Gasen, die synthetisch erzeugt worden sind, noch betrieben werden könne.

BM Pätzold schließt den Tagesordnungspunkt mit Dank für den ausführlichen Bericht ab.

Zur Beurkundung

Westhaus-Gloël / de

Verteiler:

- I. Referat StU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (5)
Baurechtsamt (2)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
Strategische Planung
 3. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Amt für Liegenschaften und Wohnen (2)
SWS
 5. Referat T
Tiefbauamt (2)
 6. GPR (2)
 7. Rechnungsprüfungsamt
 8. L/OB-K
 9. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN